



THORES TICKER

Mit einer **Regierungserklärung** zum Thema Migration unter dem Titel „**Humanität und Ordnung**“ eröffnete Ministerpräsident Stephan Weil das November-Plenum. In seiner Regierungserklärung machte er gleich am Anfang deutlich, dass wir Schutzbedürftigen weiterhin Schutz gewähren wollen – doch Niedersachsen sei bei der Aufnahme von Flüchtlingen am Rande seiner Möglichkeiten. Mit dem in dieser Woche **gefassten Beschluss** des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder unterstützen wir zahlreiche Aktivitäten, die auf eine **Steuerung der Migration** abzielen. Nur geschlossen können wir diesen Weg gemeinsam gehen!

→ [Zur Regierungserklärung!](#)



Am **9. November 1938**, vor 85 Jahren, erlebten Deutschland und das jüdische Volk eine der dunkelsten Stunden in ihrer Geschichte – die sogenannten **Novemberpogrome**. An diesem Tag wurden jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in einer beispiellosen Welle von Gewalt, Zerstörung und Hass angegriffen. Synagogen brannten, Geschäfte wurden geplündert, zahllose Menschen inhaftiert, verletzt und getötet. Der Niedersächsische Landtag hat in einer **Gedenkstunde vor dem zweiten Plenartag den Opfern der Reichspogromnacht gedacht**. Landtagspräsidentin Hanna Naber machte dabei in ihrer Rede klar, dass damals wie heute entschieden gegen jede Form von Antisemitismus vorgegangen werden muss!

Aus dem Plenum

Im November-Plenum wurde erstmalig der **Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie zur Änderung raumordnungsrechtlicher Vorschriften** beraten. Für den Landkreis Oldenburg sind die regionalen Teilflächenziele für Windenergieanlagen bis Ende 2027 mit 2,2 % und bis Ende 2032 mit 2,72 %, d. h. 2 893 ha festgelegt. Da die Flächenziele für die meisten Regionen ca. 50 % der potenziell möglichen Flächen ausmachen, ist Planern bzw. Investoren noch ein gewisser Spielraum bei der Ausgestaltung gegeben. Zusätzlich soll dieses Gesetz dazu beitragen, dass durch **finanzielle Anreize für die Kommunen und die Bürger durch Beteiligungsmöglichkeiten** an Windenergieanlagen oder PV-Anlagen die Akzeptanz dieser Anlagen steigt und sich somit auch wieder die **Genehmigungsverfahren beschleunigen** lassen (Artikel 2). Anlagenbetreiber sollen verpflichtet werden, den betroffenen Gemeinden insgesamt eine Abgabe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde zu zahlen. Die Gemeinden und Landkreise haben die Mittel aus der Abgabe für Maßnahmen zur Steigerung und Erhaltung der Akzeptanz für Windenergieanlagen

oder Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu verwenden.

Unsere Demokratie steht unter Druck. Ob Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Terroranschläge der Hamas gegenüber Israel oder langlebige Einstellungsmuster - Demokratie wird derzeit in besonderem Maße durch sich radikalisierende Gruppierungen vor große Herausforderungen gestellt. Der Bund hat hierbei **mit dem Entwurf eines Bundesdemokratiefördergesetzes einen bedeutenden Schritt getan**. Mit dem von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag „**Demokratie sichern, Menschenfeindlichkeit bekämpfen und die gesellschaftliche Vielfalt stärken: Niedersachsen braucht ein Landesdemokratiefördergesetz**“ wollen wir auch auf Landesebene ein entsprechendes Gesetz entwickeln. Die Prävention von Radikalisierung durch die **Vermittlung demokratischer Grundwerte** ist essenziell. Ebenso müssen wir auf Bildung und Sensibilisierung durch gezielte Initiativen setzen. Ein niedersächsisches Demokratiefördergesetz ist ein **wichtiges Instrument und Signal** zugleich.

Mit dem breit gefächerten Programmangebot und ihrer starken Präsenz stehen die anerkannten **Einrichtungen der Erwachsenenbildung** für größere Bildungschancen und Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten. Ein **flächendeckendes und bezahlbares Bildungsangebot** ist für alle Bürgerinnen und Bürger von essenzieller Bedeutung. In absehbarer Zeit soll sich etwas an der **Umsatzsteuerbefreiung in der Erwachsenenbildung** ändern, welches zu Mehrkosten führen wird. Mit dem eingebrachten **Entschließungsantrag der Regierungsfractionen** bitten wir den Bund, sich für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung starkzumachen und sich dafür einzusetzen, dass die Umsatzsteuerbefreiung erhalten bleibt.



Direktvermarktung und regionale Wertschöpfung stärken

Um die **Landwirtschaft in Niedersachsen zukunftsfähig zu halten**, haben wir als Regierungsfractionen einen Antrag gestellt, mit dem **Ziel, die Direktvermarktung und die regionale Wertschöpfung zu stärken**. Der Wunsch vieler Verbraucherinnen und Verbraucher, ihre Lebensmittel direkt dort zu kaufen, wo sie produziert werden, ist nicht nur durch die Krisen der letzten Jahre gestiegen. In dem Antrag wird nicht nur die Fortsetzung von Fördermaßnahmen für eine direkte Verarbeitung und Ver-

marktung sowie für regionale Schlacht- und Zerlegungsmöglichkeiten gefordert, es geht auch um **Vernetzung von Vermarktungsstrukturen, Entbürokratisierung im Bereich Hofläden** und Direktvermarktung sowie die Aufforderung, im Sinne des Niedersächsischen Weges **Landwirtschaft und Naturschutz gemeinsam zu denken**. Außerdem soll das Thema Regionalität in den Schul- und Arbeitsalltag Eingang finden.

Am Freitag, den 20.10.2023, war ich, unterstützt von den Genossinnen und Genossen aus Hude, mit einem **Stand auf dem Wochenmarkt in Hude** vertreten. Jeden Freitag zwischen 14:00 und 18:00 Uhr bieten hier lokale Händlerinnen und Händler ihre vielfältigen und frischen Waren an. An unserem Stand habe ich mich mit Bürgerinnen und Bürgern unter dem **Motto: „Was können wir gemeinsam bewegen?“** über aktuelle Themen ausgetauscht. Bei den **vielseitigen Gesprächen** ging es sowohl um **lokale Themen aus Hude sowie dem Landkreis Oldenburg** als auch um Themen der Landespolitik.



Der **Betreuungswahlkreis (Wahlkreis 68: Vechna)** des SPD-Landtagsabgeordneten Deniz Kurku erhielt Anfang November im Rahmen einer **gemeinsamen Bereisung von gleich acht SPD-Abgeordneten** Besuch. Die Mitglieder der sogenannten „Weser-Ems-Gruppe“ Ulf Prange, Karin Logemann, Marten Gäde, Karin Emken, Guido Pott, Björn Meyer, Deniz Kurku und meiner Person tauschten sich bei verschiedenen Ortsterminen aus und informierten sich unter anderem über die **geplanten Entwicklungen des St. Marienhospital**. Wir erhielten außerdem einen **Einblick in das Unternehmen Fritz Kathe Holzbau GmbH**, welches sich auf den Holzrahmenbau spezialisiert hat. Den Abschluss bildete ein **Treffen mit Bürgermeister Kristian Kater**.

Anfang November besuchte mich eine gemischte Gruppe aus dem **Rotaract Club Wildeshauser Geest** und dem **Rotaract Club Hannover-Maschsee** im Niedersächsischen Landtag in Hannover. Bei einem **gemeinsamen Rundgang durch den Landtag** besichtigten wir den Fraktionssaal der SPD-Landtagsfraktion, den Interims-Plenarsaal sowie die Portikushalle mit dem angrenzenden Plenarsaal. Im Plenarsaal nahmen wir Platz und starteten eine **interessante und ausführliche Diskussionsrunde**. Ich freue mich immer wieder über eine Besuchergruppe in Hannover, denen ich einen **Einblick in meine Arbeit als Landtagsabgeordneter im Landtag** gewähren kann.

